

Frau
Carina Gödecke MdL
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

7. Juli 2015

Beantragung einer Sondersitzung des Innenausschusses:
„Aktuelle Notsituation der Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen“

Sehr geehrte Frau Präsidentin, *Liebe Frau Gödecke,*

hiermit beantragt die CDU-Landtagsfraktion eine dringliche Sondersitzung des Innenausschusses zum nächstmöglichen Zeitpunkt aufgrund der aktuellen Notsituation der Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen.

Innerhalb einer Woche musste die Stadt Dortmund zwei Mal einen Aufnahmestopp der Erstaufnahmeeinrichtung Dortmund-Hacheney wegen Überbelegung verhängen. Die Erstaufnahmeeinrichtung in Dortmund-Hacheney verfügt über 300 reguläre Plätze - plus 50 Notfallplätze. Am Mittwoch, 1. Juli 2015, wurde die Erstaufnahmeeinrichtung wegen dreifacher Überbelegung geschlossen. 870 Menschen hatten in der Nacht zum 1. Juli auf dem Gelände geschlafen, teilte die Stadtverwaltung mit. Eine geordnete Weitervermittlung der Menschen sei dadurch nicht mehr möglich gewesen, weil es zu diesem Zeitpunkt in Nordrhein-Westfalen keine ausreichenden Kapazitäten gegeben habe. Am Abend des Folgetags, 2. Juli 2015, wurde der Aufnahmestopp zwar wieder aufgehoben, weil die Asylbewerber auf die Kommunen verteilt werden konnten, dennoch war der Standort Dortmund weiterhin auch die folgenden Tage mit rund 450 Personen deutlich überbelegt.

Am Montag, 6. Juli, verhängte die Stadt Dortmund abermals einen Aufnahmestopp für die Erstaufnahmeeinrichtung in Hacheney. Für diesen Tag rechnete die Stadt abermals mit einer Überbelegung. Für 0.00 Uhr wurde mit rund 750 Asylbewerbern gerechnet, um 8.00 Uhr rechnete man wieder mit mehr als 800 Flüchtlingen. Der Aufnahmestopp sollte bis Mittwoch, 8. Juli 12.00 Uhr gelten. Zwar wurde der Aufnahmestopp mittlerweile wieder aufgehoben, doch muss jederzeit wieder mit einer kurzfristigen Schließung gerechnet werden.

Hintergrund der dramatischen Situation in Dortmund ist, dass aktuell 7 Zentrale Unterbringungseinrichtungen des Landes (Bad-Berleburg, Bad-Driburg, Burbach, Essen, Neuss, Olpe, Rüdhen) sowie zwei Notunterkünfte in Heiligenhaus und Hagen-Hohenlimburg krankheitsbedingt geschlossen sind. Aufgrund des aktuellen Ausbruchs von Windpocken sowie Magen-Darm-Erkrankungen sind diese Standorte derzeit blockiert. Sie stehen unter Quarantäne und dürfen vorerst keine weiteren Personen aufnehmen. Dadurch stehen aktuell rund 3.400 Plätze zur Unterbringung von Asylbewerbern nicht zur Verfügung.

Hintergrund der Entwicklung in Dortmund ist aber auch, dass der weitere Ausbau der Platzkapazitäten in Landesaufnahmereinrichtungen nicht voran geht und weiterhin die notwendige Platzzahl an Kapazitäten in Landeserstaufnahmerichtungen und Zentralen Unterbringungseinrichtungen nicht der Anzahl der tatsächlich notwendigen Kapazitäten entspricht. Das Land will bis zum Jahresende 10.000 reguläre Plätze vorweisen.

Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und Innenminister Ralf Jäger hatten noch auf dem zweiten Flüchtlingsgipfel im April von einem gelungenen Paradigmenwechsel gesprochen und hervorgehoben, dass es gelungen sei, die Qualität in den Landeseinrichtungen zu steigern. Ziel sollte es bleiben, so Innenminister und Ministerpräsidentin im April auf dem Flüchtlingsgipfel, 10.000 Regelunterbringungsplätze und 2.500 Notplätze bis Mitte 2016 anbieten zu können. Gleichzeitig sollte davon die Zahl der Plätze in den Erstaufnahmeeinrichtungen von 600 auf zukünftig 3.000 Plätze erhöht werden mit dem Ziel, künftig Asylbewerber bis zu 4 Wochen - anstatt aktuell 14 Tage - in den Landesaufnahmeeinrichtungen zu beherbergen.

Laut Presseberichten beklagt nun auch die Bezirksregierung Arnsberg, die für die Einrichtungen des Landes zuständig ist, dass es unerwartete Zuweisungen gebe; obendrein lege der plötzliche Ausbruch von hoch ansteckenden Krankheiten offen, wie fragil die Lage tatsächlich ist.

Die Verantwortlichen vor Ort sowie die Städte und Gemeinden werden mit den Herausforderungen und der aktuellen Notsituation allein gelassen. Flüchtlinge, die vielfach vor Terror und Krieg geflohen sind, brauchen ein sicheres und stabiles Umfeld. Stattdessen gelingt es der Landesregierung aber nicht, für ein geordnetes Verfahren der Erstaufnahme im Sinne der ankommenden Asylbewerber zu sorgen. Die Landesregierung beschäftigt sich aktuell mit Personalentscheidungen im Innenministerium und der Bezirksregierung.

So wird nun mit dem bisherigen stellvertretenden Leiter des Verfassungsschutzes ein kommissarischer Leiter für die urlaubsbedingte Abwesenheit des amtierenden Regierungspräsidenten Gerd Bollermann bestellt, der jedoch kaum praktische Erfahrungen mit den anstehenden Herausforderungen hat. Offensichtlich wird dem mit der Flüchtlingsunterbringung erfahrenen stellvertretenden Regierungspräsidenten der Bezirksregierung Arnsberg nicht zugetraut, die Aufgaben der Flüchtlingsherausforderungen zu bewältigen. Zudem ist die bisherige Abteilungsleiterin im Innenministerium, die für Ausländerangelegenheiten zuständig war, nun als Landesdatenschutzbeauftragte vorgeschlagen.

Diese Personalentscheidungen im Innenministerium erwecken aktuell nicht den Eindruck, als ob dadurch die Not bei der Flüchtlingsunterbringung gemildert werden kann oder die praktische Flüchtlingspolitik Priorität hat.

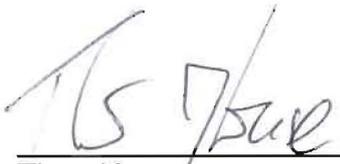
Vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse und Probleme der Flüchtlingsunterbringung in Nordrhein-Westfalen muss sich der Innenausschuss des Landtags mit diesem Thema „Aktuelle Notsituation der Flüchtlingsaufnahme in Nordrhein-Westfalen“ in einer Sondersitzung befassen, damit das Parlament über das genaue Ausmaß der unhaltbaren Zustände der aktuellen Unterbringung von Flüchtlingen informiert wird. Die Landesregierung wird aufgefordert, in der Sitzung die aus ihrer Sicht erforderlichen Maßnahmen darzulegen.

Die notwendigen Unterschriften füge ich diesem Schreiben bei.

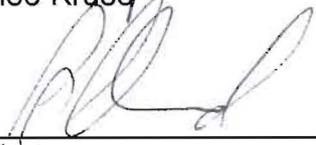
Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Andreas Winnig



Theo Kruse



Gregor Golland



Lothar Hegemann



Kirstin Korte



Werner Lohn



Winfried Schittges



Daniel Sieveke